

Mehr Geld für Eltern, weniger für die Stadt

Kornwestheim Die Gebühren in den Kindergärten werden vorerst nicht erhöht. Von Melanie Braun

Man kann den Gemeinderäten nicht nachsagen, sie hätten sich in der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode bequem zurückgelehnt. Die geplante Erhöhung der Kindergartengebühren wurde von Mitgliedern aller Fraktionen auf das Heftigste diskutiert - fast ebenso zahlreich war die Spanne der Meinungen. Letztendlich einigten die Räte sich mit 18 Ja- und fünf Gegenstimmen auf einen Antrag der Sozialdemokraten: SPD-Rat Hans-Michael Gritz hatte vorgeschlagen, die Gebühren für ein Jahr bei den gegenwärtigen Sätzen zu belassen und im Herbst in eine Grundsatzdiskussion über Kindergartengebühren einzusteigen.

Bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss hatten sich die Stadträte nicht auf einen Beschluss über den Vorschlag der Stadt - die Gebühren entsprechend dem Landesrichtsatz in den kommenden zwei Jahren zu erhöhen - auf gestern vertagt. Startschuss der Diskussion war der Antrag von Gritz. "Wenn die Gebührenerhöhung den Haushalt nur um 9000 Euro entlastet, dann schaffen wir es auch noch ein Jahr ohne Erhöhung", begründete er in Richtung Verwaltung. Für die betroffenen Familien stellten die Mehrkosten im Vergleich viel größere Belastungen dar, befand er. "Der Verwaltungsvorschlag geht zu weit", stellte auch Wolfgang Ohnesorg, CDU-Fraktionschef klar. Allerdings hege seine Fraktion den Wunsch, dass eine Lösung gefunden werde, die sich auch in die Region einbinde. Er schlug eine Erhöhung für ein Jahr vor, das könnten die Bürger durchaus verkraften. "Wir tragen keine Erhöhung mit", betonte Claus Langbein, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Grüne/Bürger für Bürger dagegen. Denn "mir graut"s davor, dass Kinder aus finanziellen Gründen nicht in den Kindergarten geschickt werden", erklärte er. Ermäßigungen für finanziell Schwächere gebe es ja nun, argumentierte dagegen Dieter Wanner, Chef der Fraktion Freie Wähler/FDP. Allerdings sei in den letzten Jahren der Landesrichtsatz im Vergleich zu den Einkommen stets überproportional stark gestiegen. Das könne ja auch nicht sein, sagte er und schloss sich der SPD an.

Oberbürgermeisterin Ursula Keck plädierte daraufhin eindringlich dafür, sich den Landesrichtsätzen anzupassen. Denn "man sollte nicht zu tun, als ob Dienstleistung und Qualität nichts kosten", mahnte sie. Zudem bezögen sich die 9000 Euro lediglich auf 2009, im kommenden Jahr verlöre man ohne Erhöhung weitere 27 000 Euro. Und mit einer Aussetzung der Gebührenanpassung werde sowohl innerhalb der Stadt als auch in der Region eine Instabilität geschaffen, "das kann zu Abwanderungen führen". Darüber wiederum echauffierte sich Susann Boll-Simmler, Fraktionschefin Grüne/Bürger für Bürger. "Früher hatten wir auch gebührenfreie Kindergärten und die waren gut", lehnte sie das Motto "was nichts kostet, ist nichts wert" ab. "Und die Leute wollen wohnortnahe Betreuung, die fahren nicht wegen fünf Euro in eine andere Kommune", fügte sie hinzu.